

Ein neuer Hort für 30 Schüler

NEUBURG: Gemeinderat debattiert über Umbau des Kindergartens

Der Ausbau der Kinderbetreuung in Neuburg geht voran, wenn auch nicht ganz ohne Missstimmung. Leichte Verärgerung gab es im Gemeinderat, weil sich die protestantische Kirche nicht an den Kosten für den Ausbau des Kindergartens beteiligen will, wozu sie als Träger des Kindergartens eigentlich verpflichtet ist.

Der Kindergarten soll für geschätzte 45.000 Euro so umgebaut werden, dass zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen werden. Das Land Rheinland-Pfalz bezuschusst den Umbau mit 40.000 Euro, den Fehlbetrag soll nach dem Willen der Kirchengemeinde die Gemeinde Neuburg abdecken. Dazu sei man auch bereit, hieß es im Gemeinderat, unverständlich sei aber, weshalb die Protestantische Kirchengemeinde einen Zuschuss in

Höhe von „bis zu 10.000 Euro“ erbeten habe, also deutlich mehr, als den derzeitigen Fehlbetrag.

Während die Wählergruppe dieser Bitte mit Blick auf zu erwartende Baukostensteigerungen entsprechen wollte, sahen CDU und SPD keinen Grund, vorab einen „Freibrief“ auszustellen. Falls die Kosten tatsächlich steigen würden, sei man aber Gesprächsbereit, versicherte Bürgermeister Thorsten Pfirmann. Beschlossen wurde in gleicher Sitzung die Einrichtung eines Schülerhorts, in dem zwischen 15 und 30 Schüler betreut werden sollen.

Auf insgesamt 140.000 Euro werden die nötigen Umbaukosten in der Grundschule Neuburg veranschlagt, rund 64.000 Euro wird das Land, weitere 48.000 Euro der Kreis zuschießen, so dass an der Gemeinde Kosten in Höhe von 28.500 Euro hängen bleiben werden.

Für Verärgerung beim Bürgermeister aber auch bei vielen Einwohnern sorgt der desolate Zustand vieler Feldwege. Nicht selten seien Holztransporte mit schwerem Gerät hierfür verantwortlich, sagte Pfirmann bei der Ratssitzung deutlich. Aus diesem Grund wurde jetzt eine Satzung erarbeitet, wonach private Holztransporte mit schwerem Gerät künftig grundsätzlich untersagt sind. In diesem Zusammenhang hieß es jedoch auch, dass je nach Witterung durchaus Ausnahmegenehmigungen möglich sind.

In diesen Fällen wolle die Verwaltung aber genau prüfen, ob beim Holztransport Schäden an den Feldwegen auftreten – die dann vom Verursacher beseitigt werden müssten. Dem Bürgermeister ist jedoch klar, dass diese Satzung und ihre Umsetzung in Zukunft bestimmt für reichlich Unmut sorgen werden. (win)